

A1 Stresstest Demokratie

Gremium: Landesvorstand, Sebastian Striegel (KV Saalekreis)
Beschlussdatum: 09.04.2024
Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

Antragstext

1 Demokratische und rechtsstaatliche Institutionen 2 krisenfest machen, Beteiligung ausbauen, 3 Zivilgesellschaft stärken und unterstützen

4 Weltweit stehen Demokratien unter Druck und müssen sich angesichts multipler
5 Krisen unserer Zeit bewähren. Auch in Europa und der Bundesrepublik Deutschland
6 haben die ineinander gehenden, massiven und zum Teil maßgeblichen
7 Herausforderungen – u.a. einer sich verschärfenden Klimakrise,
8 Verteilungskonflikte, nachwirkende Effekte der Pandemie, globale Unsicherheit
9 durch Kriege und Terror – demokratische Akteure und Prozesse, rechtsstaatliche
10 Institutionen und die öffentliche Meinungsbildung unter Stress gesetzt.

11 Insbesondere von den Diktaturen Russland und China gehen in diesen Zeiten
12 Destabilisierungs- und Desinformationskampagnen aus, die gezielt auf die
13 öffentliche Meinungsbildung in demokratischen Gesellschaften weltweit, in Europa
14 und auch der Bundesrepublik zielen.

15 Wir erleben angesichts der Unsicherheit von Außen und Verunsicherung im Innern
16 verstärkten Zuspruch für politische Akteur*innen, die einfachste Lösungen
17 versprechen. Diese suchen die Schuld für bestehende Probleme bei anderen und
18 versuchen das Vertrauen in demokratische Institutionen und rechtsstaatliche
19 Verfahren gezielt zu untergraben und zu zerstören.

20 Wir nehmen besorgt zur Kenntnis, dass sich das Vertrauen gegenüber
21 Politiker*innen allgemein, gewählten Regierungen und Parlamenten aber auch
22 demokratischen Institutionen per se verringert hat. Teile der Bevölkerung haben
23 das Vertrauen in die Problemlösungskompetenz demokratischer Akteure verloren.

24 Wir sehen hohe Umfrageergebnisse und Wahlerfolge für die extrem rechte AfD auf
25 Ebene der Kommunen, in den Ländern sowie im Bund.

26 Die Ursachen für diese Entwicklungen sind vielfältig. Wir setzen ihnen deshalb
27 nicht eine Maßnahme, sondern ein Bündel an Ideen entgegen, weil wir überzeugt
28 sind: Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind es wert, verteidigt zu werden.

29 Demokratie ist der Grundstein für eine Gesellschaft, in der alle Menschen sich
30 frei entfalten können. Demokratie lebt davon, dass sich die Bürger*innen
31 einbringen, mitbestimmen und aktiv an der gesellschaftlichen Meinungsbildung
32 mitwirken. Demokratie ist kein Sport für Zaungäste und Kritik an der Ampel in
33 Berlin oder der Landesregierung in Magdeburg ist nicht genug. Demokratie braucht
34 das Mittun aller: in unseren Kommunen, in Sachsen-Anhalt, in der ganzen
35 Bundesrepublik und auch in Europa.

36 Demokratie ist eine Herausforderung, manchmal eine Zumutung. Demokratie
37 ermöglicht den lebendigen Wettstreit um die besten Positionen und Ideen. Wo aber

38 dieser Wettstreit zunehmend in einem Umfeld des Hasses, der Hetze, der
39 Diskriminierung und Verrohung stattfindet, ist nicht nur eine angemessene
40 öffentliche Debatte, sondern letztlich auch die Demokratie selbst in Gefahr. Aus
41 verhetzenden Worten im Netz und auf der Straße werden Gewalttaten, wird rechter
42 Terror. Aus rassistischen Phantasien rechtsextremer Akteure werden konkrete
43 Pläne, wie sie beim Deportationstreffen u.a. der AfD in Potsdam wenig
44 überraschend zusammengetragen und diskutiert wurden.

45 Mehr als vier Millionen Menschen sind in den vergangenen Monaten gegen die AfD
46 und den gesellschaftlichen Rechtsruck unter dem Motto #niewiederistjetzt auf die
47 Straße gegangen. Überall, auch in Sachsen-Anhalt, haben Menschen in kleinen und
48 in großen Orten, in Städten und Dörfern für unsere Demokratie demonstriert: In
49 Salzwedel, in Gardelegen, in Tangerhütte, in Burg, in Haldensleben, in
50 Magdeburg, in Schönebeck, in Osterode, in Stapelburg, Wernigerode, Halberstadt,
51 Blankenburg, Quedlinburg, Aschersleben, Dessau, Wittenberg, Bitterfeld, Halle,
52 Sangerhausen, Eisleben, Schkopau, Schnellroda, Weißenfels, Naumburg, Zeitz und
53 anderswo.

54 Diese Demonstrationen haben die von der AfD in die Welt gesetzte Lüge, sie seien
55 das Volk und eine Mehrheit in diesem Lande stünde hinter ihr, zusammenbrechen
56 lassen. Diese Demonstrationen haben Menschen, gerade in den ländlichen Räumen,
57 neuen Mut gebracht, gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und
58 andere Formen der Ausgrenzung zusammenzustehen. Sie haben Menschen vernetzt und
59 zum (kommunal-)politischen Engagement ermutigt. Die mit Abstand größten
60 Demonstrationen seit 1990 blieben bislang aber ohne politische Konsequenz. Die
61 Forderungen der Demonstrierenden nach Stärkung der demokratischen Institutionen,
62 Nutzung von Instrumenten der wehrhaften Demokratie gegen Verfassungsfeind*innen,
63 Unterstützung der Zivilgesellschaft und einer Verhinderung des Rechtsrucks
64 unserer Gesellschaft sind bislang verhallt. Das muss sich ändern. Und dafür
65 wollen wir als Grüne in Sachsen-Anhalt eintreten.

66 **Den Rechtsstaat verteidigen, demokratische** 67 **Institutionen krisenfest machen**

68 Angesichts von (kommunalen) Wahlerfolgen und hohen Umfragewerten für eine
69 verfassungsfeindliche Partei wie der AfD reicht es nicht aus,
70 zivilgesellschaftliche Demonstrationen und bürgerschaftlich, antifaschistisches
71 Engagement zu begrüßen. Demokratie und Rechtsstaat müssen gegen die Feind*innen
72 der Freiheit wehrhaft werden. Das Instrumentarium dafür ist da. Wir streiten
73 dafür, den von den Müttern und Vätern des Grundgesetzes bereitgestellten
74 Instrumentenkoffer der wehrhaften Demokratie zu nutzen und, wo notwendig,
75 auszubauen. Der Kampf gegen Rechtsextremismus und die AfD darf nicht Anliegen
76 von Zivilgesellschaft allein sein, sondern muss endlich auch eine staatliche
77 Aufgabe werden.

78 Der Entzug der Parteienfinanzierung für eine verfassungsfeindliche Partei oder
79 die Feststellung deren Verfassungswidrigkeit ist keine politische, sondern
80 zuvörderst eine juristische Frage. Entscheidungen über entsprechende Anträge der
81 zuständigen Verfassungsorgane Bundestag, Bundesregierung oder Bundesrat müssen
82 auf Grundlage gefestigter Erkenntnisse getroffen werden.

83 Wir fordern deshalb, eine bundesweit zentrale Task Force einzurichten, die
84 Erkenntnisse der Verfassungsschutzämter und der Zivilgesellschaft zur AfD und
85 verfassungsfeindlichen Bestrebungen ihrer Mitglieder fortlaufend zusammenführt
86 und parallel ihre Relevanz für einen Verbotsantrag bewertet. Ein etwaiges
87 Verbotsverfahren braucht eine umfangreiche Materialsammlung mit handfesten
88 Beweisen für die Verfassungsfeindlichkeit der Partei. Nur auf Grund einer
89 solchen Materialsammlung können die Erfolgsaussichten für einen Verbotsantrag
90 oder einen Entzug der Parteienfinanzierung juristisch fundiert beurteilt werden.

91 Wir fordern den Landtag von Sachsen-Anhalt auf, den Blick auf verfassungs- und
92 parlamentsrechtliche Fragestellungen zu lenken, mit denen das Parlament seine
93 Krisenfestigkeit auch für den Fall erhöhen kann, dass eine rechtsextreme
94 Fraktion stärkste Kraft wird oder mehr als ein Drittel der Mandate erringt. Wir
95 werden uns mit unseren Abgeordneten im Landtag dafür einsetzen, eine
96 konstruktive Debattenkultur zu stärken, und denjenigen entgegenzutreten, die im
97 Parlament nur eine Bühne für verfassungsfeindliche Propaganda suchen.

98 Wir setzen uns dafür ein, das Verfassungsgericht des Landes noch resilienter zu
99 machen. Wir wollen neben der bereits auf Ebene der Verfassung geregelten
100 Zusammensetzung und dem Wahlmodus auch die Unabhängigkeit und Überparteilichkeit
101 des Verfassungsgerichts weiter absichern und dazu die Organisationshoheit und
102 die Bindungskraft seiner Entscheidungen unmittelbar in der Verfassung verankern.

103 Wer sich als Beamt*in in den öffentlichen Dienst stellen will, unterliegt
104 besonderen Treuepflichten gegenüber der Verfassung. Wir sichern ab, dass nur
105 diejenigen zu Beamt*innen ernannt werden können, die Gewähr für die Einhaltung
106 dieser besonderen Treuepflicht bieten. Wer sich als Beamt*in
107 verfassungsfeindlich betätigt, muss aus dem Dienst entfernt werden. Für einen
108 effizienteren Vollzug wollen wir die Zuständigkeit für Disziplinarverfahren in
109 der Landesverwaltung bündeln. Wir werden zudem alle rechtlichen Möglichkeiten
110 nutzen, um Mitglieder erwiesener extremistischer Parteien aus dem Staatsdienst zu
111 entfernen.

112 Eine besondere Rolle bei der Verteidigung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit
113 kommt staatlicherseits der Polizei zu. Wir wollen auch die Polizei als
114 Institution demokratiefest machen. Dafür stärken wir die Fehlerkultur der
115 Organisation, setzen Schwerpunkte in der Aus- und Fortbildung um demokratische
116 Werte der Beamt*innen zu stärken und schaffen das Amt eines*einer unabhängigen
117 Polizeibeauftragten.

118 Politisch motivierte Kriminalität wollen wir mit aller Entschiedenheit
119 bekämpfen. Dazu gehört eine noch systematischere Erfassung und die konsequente
120 Ausschöpfung der vorhandenen rechtlichen Möglichkeiten. Angesichts des Umfangs
121 politischer und Hasskriminalität im Internet wollen wir die IT-forensischen
122 Möglichkeiten des Landes ausbauen.

123

124 Mit Blick auf mögliche Wahlerfolge verfassungsfeindlicher Kandidat*innen in den
125 Kommunen muss auch auf kommunaler Ebene nachgesteuert werden. Kommunen sind
126 keine rechtsfreien Räume. Um Freiheit und Demokratie auch bei rechtsextremen
127 Mehrheiten in den Kommunalparlamenten bzw. bei rechtsextremen
128 Bürgermeister*innen und Landrät*innen strukturell zu sichern, wollen wir einen
129 Kontrollmechanismus für die kommunale Ebene erarbeiten und die
130 kommunalaufsichtsrechtlichen Möglichkeiten zielgerichtet stärken.

131 Wir wollen Verfassungsfeind*innen konsequent entwaffnen. Dabei setzen wir auf
132 restriktive Regelungen einerseits und einen effizienten Vollzug andererseits.
133 Wir fordern, die Waffenbehörden in Sachsen-Anhalt personell besser auszustatten.

134 **Transparenz schaffen, demokratische Beteiligung** 135 **ausbauen**

136 In unseren Städten und Gemeinden wird Demokratie vor Ort gelebt. Am 9. Juni 2024
137 wählen wir auch in Sachsen-Anhalt die kommunalen Vertretungen neu. Als
138 Bündnisgrüne gehen wir mit knapp 500 Kandidierenden, darunter mehr als 40
139 Prozent Frauen, in den Kampf um 749 Ämter.

140 Wir wollen, dass in den neu gewählten kommunalen Vertretungen mehr Transparenz
141 für Bürger*innen herrscht. Wir setzen uns dafür ein, die Gremiensitzungen aller
142 Kommunalparlamente live zu übertragen und im Nachhinein digital abrufbar zu
143 gestalten, um die Information aller Bürger*innen zu ermöglichen. Anträge,
144 Drucksachen, Stellungnahmen und Informationen sollen online für alle
145 Interessierten abrufbar sein.

146 Wir begrüßen, dass erste Kommunen bereits mit der aktualisierten und digitalen
147 Bereitstellung ihres Kommunalrechts begonnen haben. Entsprechende Angebote
148 wollen wir landesweit etablieren.

149 Niemand ist Einwohner*in zweiter Klasse! Wer von Herrschaft betroffen ist, muss
150 deshalb auch mitentscheiden können. Daher streiten wir für ein Wahlrecht aller
151 dauerhaft in einer Kommune wohnenden Bürger*innen ab 14 Jahren unabhängig von
152 der Staatsangehörigkeit.

153 Selbiges gilt für die Möglichkeit, Bürger*innenbegehren sowie
154 Bürger*innenentscheide zu beantragen. Das Instrument der Bürger*innenhaushalte
155 mit einer direkten Möglichkeit der Einflussnahme der Bürger*innen auf die
156 Ausgaben in der Kommune wollen wir weiterentwickeln und ausbauen.

157 Die auch auf bündnisgrüne Initiative in den letzten Jahren abgesenkten Quoren
158 für Elemente der direkten Demokratie haben sich bewährt.

159 Neben bereits etablierten Instrumenten direkter Demokratie setzen wir auf neue
160 Partizipations- und Beteiligungsformen für Bürger*innen. Ein Instrument der
161 Bürger*innenbeteiligung im Dialogformat stellen so genannte Bürger*innenräte
162 dar. Sie werden per Zufallsverfahren zusammengerufen, um die Vielfalt der
163 Bevölkerung abzubilden und diskutieren zu ausgewählten Themen lokaler oder
164 überörtlicher Bedeutung über einen begrenzten Zeitraum. Ihre Hinweise und
165 Empfehlungen sollen dann die Institutionen bzw. die gewählten Räte in der
166 Entscheidungsfindung gerade über kontroverse Fragen begleiten, beraten und
167 stärken, aber nicht deren Entscheidung ersetzen.

168 **Zivilgesellschaft stärken und unterstützen**

169 Sachsen-Anhalts Zivilgesellschaft ist vielfältig und stark. Damit sie weiter
170 wachsen kann, braucht es verlässliche Rahmenbedingungen, für die alle
171 staatlichen Ebenen Verantwortung übernehmen müssen.

172 Wir appellieren deshalb an unsere Partner auf Bundesebene, das im
173 Koalitionsvertrag vereinbarte Demokratiefördergesetz endlich im Bundestag zu
174 beschließen. Es sichert eine nachhaltige Finanzierungsperspektive für
175 Demokratieinitiativen und -projekte im gesamten Land.

176 Auch auf Landesebene braucht es Verlässlichkeit: Wir wollen die politische
177 Bildung stärken und die Förderung für die im Beratungsnetzwerk des Landes
178 organisierten Initiativen, Verbände und Organisationen verstetigen und ausbauen.
179 Die Projekte zum Monitoring extrem rechter, rassistischer, antisemitischer und
180 weiterer Aktivitäten mit Bezug zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wollen
181 wir ausbauen.

182 Wir stehen zum Landesnetzwerk Schule ohne Rassismus/Schule mit Courage.

183 Wir fordern die Landesregierung auf, die Servicestelle Kinder- und Jugendschutz
184 zu erhalten.

185 Ob Heimatverein, Omas gegen Rechts, Umweltverband, Klimainitiative oder
186 Sportverein. Die Verteidigung einer demokratischen Gesellschaft ist Aufgabe
187 aller Akteur*innen in der Zivilgesellschaft. Wir befähigen sie dazu.

188 **Eine starke und offene Gesellschaft wächst im** 189 **Kleinen und vor der eigenen Haustür**

190 Der gerade in dieser Zeit notwendige Zusammenhalt in unserer Gesellschaft
191 entsteht, wenn Menschen gemeinsame Erfahrungen machen und andere Perspektiven
192 kennenlernen können. Begegnungen und Interaktionen stärken das
193 Gemeinschaftsgefühl, verringern Berührungsängste und sind die beste Prävention
194 gegen Vorurteile und Ignoranz. Unsere Gesellschaft funktioniert nur im
195 gegenseitigen Verständnis für die Lebensumstände anderer und das Suchen nach dem
196 gemeinsamen Fundament.

197 In der eigenen Straße, dem gemeinsamen Dorf oder Kiez entsteht Gemeinschaft und
198 Gemeinsinn, auch und gerade in schwierigen Zeiten. Uns ist bewusst:
199 Nachbarschaft hat eine starke soziale Bindungskraft und trägt ein großes
200 Potential in sich. Damit diese Nachbarschaft in Stadt und Land gelebt werden
201 kann, braucht es öffentliche Räume, Orte, Treffpunkte und Einrichtungen in denen
202 Nachbarschaft stattfinden kann. Wir setzen uns daher für eine Art von Stadt- und
203 Ortsentwicklung ein, die den Menschen und soziale Interaktionen in den Fokus
204 nimmt. Wir setzen auf Orte der Begegnung, auf mehr Raum für Straßen- und
205 Vereinsfeste und ihre unbürokratische und hürdenarme Beantragung. Darüber hinaus
206 wollen wir mehr Orte der Begegnung in öffentlichen Einrichtungen fördern und
207 erhalten, sei es in Kunst- und Kultureinrichtungen, Bibliotheken oder durch die
208 Förderung von Genossenschaftsmodellen für den Erhalt der Dorfkneipe.

209 Die sachsen-anhaltische Zivilgesellschaft ist schon heute stark und breit
210 aufgestellt. Sport-, Kultur- und Heimatvereine, Bürger*inneninitiativen und lose
211 Nachbarschaftsgruppen schaffen schon heute Möglichkeiten der Begegnung. Und
212 daher sind sie der beste Kitt für den Zusammenhalt dieser, unserer Gesellschaft.